Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Morgen-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 20 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Abend-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 40 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 1 ℳ, Familiennachrichten und Anzeigen verlorener Gegenstände (6gespalten) 20 ₰. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh 9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

№ 411. Dienstag den 1. December 1891. 85. Jahrgang.

Leipzig, 1. December.

* Die Weihnachtsferien des Reichstages sind auf die Zeit vom 18. December bis 11. Januar gelegt worden.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" meldet: In dem Befinden des deutschen Botschafters von Petersburg von Schweinitz ist eine langsame fortschreitende Besserung eingetreten.

* Fürst Bismarck hat an der am Montag in Ratzeburg stattgehabten Wahl eines Kreistags-Abgeordneten aus dem Stande der Großgrundbesitzer theilgenommen. Die „Hamburg. Nachrichten" erhalten darüber folgende Meldung:

Ratzeburg, 30. November. Fürst Bismarck ist um 12 Uhr in Begleitung des Grafen Herbert und Dr. Chrysander's zur Theilnahme an der Ergänzungswahl der Großgrundbesitzer zum Kreistage hier eingetroffen. Die Stadt war reich beflaggt, der Fürst wurde von herrlichem Landlenzen eingeholt. Auf dem Markte waren die städtischen Behörden, die Kriegervereine, der Militärverein und die Schulen versammelt. Der Fürst in Uniform mit Helm, sehr frisch aussehend, unterhielt sich mit den Vorständen, sprach seine Freude über das neue Kaiserdenkmal aus, begrüßte dann die städtischen Collegien im Kreishaus und begab sich alsdann zur Wahl. In der Bevölkerung herrschte großer Jubel, begeisterte Hoch- und Hurrahrufe erschallten fortdauernd, dazwischen ertönte das Lied „Deutschland, Deutschland über Alles!" Nach Vornahme der Kreistagswahl statte der Fürst einige Besuche ab. Das Diner findet beim Landrath statt. Die Rückfahrt nach Friedrichsruh erfolgt um 6 Uhr mittelst Extrazuges.

* Der Gesundheitszustand des in Kairo weilenden Majors v. Wissmann macht es, wie wir hören, sehr unwahrscheinlich, daß derselbe im Stande sein werde, die Expedition zum Transport des Dampfers nach dem Victoria-Nyanza-See zu leiten. Es finden erfolgversprechende Unterhandlungen statt, um den Grafen Pfeil mit dieser Mission zu betrauen.

* Am 18. October v. Js. fand in Witten eine vom dortigen Reichsverein veranstaltete Gedächtnißfeier für den verstorbenen Landtagsabg. Louis Berger-Witten statt. Die dabei gehaltenen Ansprachen des Landtagsabg. Schmieding, Landtagsabg. von Ennern, Bürgermeister Haarmann u. A. sind jetzt von dem geschäftsführenden Ausschusse des Reichsvereins zu Witten zu einem Erinnerungsblatt vereinigt herausgegeben worden. Der Ertrag (Preis 50 ₰) ist für die Stiftung eines Zeichens der Erinnerung an Louis Berger bestimmt. Das Büchlein entwirft ein sehr anziehendes Bild dieses hochverdienten Parlamentariers und charaktervollen Patrioten. Wir greifen einige für sein Wesen bezeichnende Züge und Aussprüche heraus, die in weiteren Kreisen bekannt zu werden verdienen. Berger hielt sich bekanntlich nach seinem Austritt aus der Fortschrittspartei jedem Fractionsverband fern, wenngleich er den Nationalliberalen am nächsten stand. Ueber das Parteiwesen meinte er einmal: „Wir zehren uns ja vollständig auf in elenden Parteikämpfen. Was nicht vollständig auf den Partei- oder Fractionskatechismus schwört, welchen der Nachbar gerade auswendig gelernt hat, wird von diesem als Feind des Vaterlandes und des Staates betrachtet. Das muß ein- für allemal aufhören, denn wenn sich im Innern der Festung die Vertheidiger befehden, übersteigt der Feind die Mauern." Bekanntlich ist Berger in keiner Sache so nachhaltig und verbissen von seinen Gegnern bekämpft worden, als wegen seiner Unterstützung der schutzzöllnerischen Bestrebungen. Er sah im Freihandel keinen kategorischen Imperativ und keinen absolut selig machenden Grundsatz. Die Frage des Freihandels oder Schutzzolls war für ihn eine Zweckmäßigkeitsfrage je nach der Leistungskraft des einen Staats und seiner volkswirthschaftlichen Stellung zu anderen Staaten. Und weil nach seiner Beurtheilung die Productionsbedingungen Deutschlands ungünstiger waren als diejenigen Englands und weil Deutschland seine Grenzen nicht offen halten konnte, namentlich bei der Schutzzollpolitik Amerikas und Frankreichs, wo sich ihm die Grenzen der größten bisherigen Absatzgebiete verschlossen, unterstützte er die neue Wirthschaftspolitik. Als ihm einmal erzählt wurde: einer seiner früheren Parteifreunde habe ihn infolgedessen zu den politischen Todten mit der Bemerkung geworfen, ein Schutzzöllner könne nicht mehr zu den Liberalen gezählt werden, meinte er fröhlich: Dann giebt es ja also in den Republiken Frankreich und amerikanische Union nicht einen einzigen liberalen Mann. Er stand zwar voll und ganz auf dem Boden der socialpolitischen Gesetzgebung, aber nach den von ihm gemachten Erfahrungen warnte er in den letzten Jahren stets vor den übermessenen Versprechungen und Hoffnungen, die derselben vorhergingen und welche die Begehrlichkeit der Arbeiter in weit größerem Umfange, als jemals die Industrie eines Landes tragen könne, reizen würden. Dem reifen Mann wollte er dabei jede selbstständige Entschließung gönnen, aber, was er bei der Institution des allgemeinen, gleichen und directen Wahlrechts, von dem er überhaupt nichts wissen wollte, und bei den socialpolitischen Organisationen besonders verwarf, das war die niedrige Altersgrenze, welche die wichtigsten staatsbürgerlichen Rechte gab. „Die Bösartigkeit in der Streikbewegung", sagte er im Abgeordnetenhaus, „ist durch die Pferdejungen und Schlepper gekommen, jene bedenkliche Sorte im Alter zwischen 16 und 25 Jahren, an denen möglicher Weise das Vaterland noch zu Grunde geht, wenn man nicht Mittel findet, sie zu bändigen". Der Grundton, welcher Berger's ganzes politisches Denken und Fühlen durchzog, war sein jederzeit furchtloses Eintreten für ein freies selbstständiges Bürgerthum. Eine besondere Gefahr für dasselbe erblickte er in dem schrankenlosen allgemeinen Wahlrecht. So bemerkte er: „Ein Gesetz, welches alle bestehenden geistigen und materiellen Verschiedenheiten und Leistungen zwischen den Wählern ignorirt, welches Moltke nicht mehr Wahlrecht giebt und nur den nämlichen gesetzgeberischen Einfluß verleiht, wie seinem Reitknecht, welches Virchow mit seinem Stiefelputzer, Krupp mit seinem Tagelöhner, Bismarck mit seinem Pfeifenstopfer wahlrechtlich auf mathematisch gleichem Fuße behandelt, ein solches Gesetz muß naturnothwendig über kurz oder lang die Monarchie und die jetzige Gesellschaftsordnung zu Boden werfen und Anarchie herbeiführen." Die Abneigung Berger's gegen das allgemeine Wahlrecht war eine sehr starke. Er besorgte eben von demselben ein übermäßiges Zurückdrängen des berechtigten Einflusses des seßhaften und kernigen Bürgerthums und dadurch eine Schädigung der wirklichen Volksrechte.

* Ueber die Aufnahme der Rede Caprivi's im Auslande liegen heute Meldungen aus England und Rußland vor. In England hat sie noch keine eingehende Besprechung gefunden. Die „Times" bespricht sie nur indirect in einem Leitartikel über die Reise von Giers. Im Verlaufe des Artikels folgert sie, die Reise habe die allgemeine politische Lage nicht wesentlich geändert und den Dreibund weder untergraben, noch in anderer Weise nachtheilig beeinflußt; gleichwohl bilde sie einen interessanten, wichtigen Zwischenfall in der laufenden Politik; denn sie habe gezeigt, daß Rußland bemüht sei, die zwischen ihm und dem Dreibunde seit einiger Zeit bestehende Spannung zu mildern und daß Frankreich nicht gestattet werden würde, das herzliche Einvernehmen mit Rußland für Angriffszwecke zu benützen. In Petersburg soll die Rede mit hoher Befriedigung erfüllt haben. Der „Grashdanin" erkennt zwar die friedliche Bedeutung der Rede an, weist aber nach, daß die Ausführungen über den Narwaer Besuch gegen die wahre Sachlage verstoßen. In Narwa habe die deutsche Politik Fiasco gemacht und das sei der Ausgangspunct aller Spannungen der letzten Zeit, die schließlich den Kronstädter Besuch veranlaßten.

* Die Petitionscommission des Reichstags hat einen ausführlichen Bericht, erstattet von dem Abg. Höffel, über die Massenpetitionen, betreffend Aufhebung des Impfgesetzes, bezw. Beseitigung des Impfzwanges, erscheinen lassen. Die Commission hat mit 10 gegen 9 Stimmen beschlossen, die Ueberweisung der Petitionen an den Reichskanzler zur Kenntnißnahme beim Reichstag zu beantragen.

* Eine weitere Anweisung zur Ausführung der Landgemeinde-Ordnung in Preußen wird sich mit der Verfassung und Verwaltung der Landgemeinden beschäftigen. Dabei kommt zunächst die Organisation selbst in Frage. Nach der Landgemeinde-Ordnung sind die Organe der Landgemeinden die Gemeindeversammlung und der Gemeindevorsteher, welchem zur Unterstützung und Vertretung für einzelne Zweige Schöffen beigegeben sind. Für größere Gemeinden mit mehr als 40 Stimmberechtigten tritt an Stelle der Gemeindeversammlung eine gewählte Gemeindevertretung; auch können für größere Gemeinden die wichtigeren Geschäfte des Gemeindevorstehers einem collegialen Gemeindevorstand übertragen werden. Ebenso kann bei Gemeinden von über 3000 Seelen die Wahl eines besoldeten Gemeindevorstehers beschlossen werden. Ueber die Bildung aller dieser Organe der Gemeinden wird eine nähere Anweisung an der Hand der betreffenden Bestimmungen der Landgemeinde-Ordnung zu geben sein. Dies gilt insbesondere auch von der viel umstrittenen Bestimmung über die den größeren Grundbesitzern und Gewerbetreibenden beizulegende Mehrheit von Stimmen. Einen zweiten Hauptpunct, welcher der instructionellen Regelung bedürfen wird, ist das Abgabewesen der Landgemeinden. Die Gemeindeabgaben zerfallen nach der Landgemeinde-Ordnung in Steuern, Gebühren und Dienste, die Steuern wiederum in directe und indirecte Gemeindesteuern. Directe Gemeindeabgaben können nur vom Einkommen, vom Grundbesitz und Gewerbebetrieb erhoben werden. Erstere dürfen nur in der Form von Zuschlägen zur Staatseinkommensteuer, letztere auch in der Form selbstständiger Grund- und Gewerbesteuern ausgeschrieben werden. Dabei darf die Grund- und Gewerbesteuer nicht höher, als die Einkommensteuer bemessen, muß aber mindestens mit dem halben Betrage der letzteren herangezogen werden. Alle diese Puncte werden durch Anweisung näher zu erläutern sein. Dasselbe gilt von der Form der Feststellung der Steuern im Ganzen (Regulativ, Einzelbeschluß), der Festsetzung des Steuerbetrages im Einzelnen und dessen Einziehung, sowie von den Bestimmungen für die Uebergangszeit bis zum 1. April 1895, bis zu welchem Termine innerhalb des der statutarischen Regelung vorbehaltenen Gebietes die bestehenden ortsstatutarischen Normen aufrecht erhalten werden können. Endlich wird das Vermögen und der Haushalt der Gemeinden Gegenstand der Regelung sein müssen und dabei insbesondere auch über die Aufstellung des Gemeindehaushaltsetats, die Gemeinderechnung und deren Revision das Nöthige zu bestimmen sein.

* Die Nachricht der „Srbske Noviny", daß demnächst in den Gemeinden mit wendischer Bevölkerung die wendische Sprache als Unterrichtssprache in den Volksschulen eingeführt werden solle, wird jetzt dahin richtig gestellt, daß in einer Lehrerversammlung von dem Schulrath auf eine an ihn gerichtete Anfrage der Bescheid ertheilt worden sei, daß ausnahmsweise im Religionsunterricht denjenigen Kindern der untersten Classe, die noch nicht genug deutsch verstehen, die biblische Geschichte in wendischer Sprache eingeprägt werden solle. Danach würde es sich nur um einen Nothbehelf handeln, von dem in Preußen nur in ganz einzelnen Fällen Gebrauch zu machen sein würde.

* Der deutsche Botschafter in Paris Graf Münster ist nach Hannover abgereist, um bei dem dortigen Provinziallandtage den Vorsitz zu führen.

* In München sind mehrere Colporteure zu einer Geldstrafe verurtheilt worden, weil sie Exemplare einer Tageszeitung, deren Confiscation von der Polizei angeordnet war, verkauft hatten, obgleich sie von der polizeilichen Beanstandung des Blattes nichts wußten. In der Urtheilsmotivirung wurde betont, daß jeder Colporteur, ehe er eine Zeitschrift oder Flugblatt verkauft, sich vergewissern muß, ob der Inhalt desselben nicht gegen die Gesetze verstoße, er müsse denselben zuvor lesen.

* Aus Greiz wird uns geschrieben: Der Landtag genehmigte in seiner letzten Sitzung den Vertrag mit dem Königreich Sachsen wegen Aufnahme hierländischer Geisteskranker in dortige Heil- und Pflege-Anstalten, sowie noch weitere 3000 ℳ zur Erbauung der Elsterbrücke bei Station Neumühle. Der Antrag auf Bewilligung von 11 400 ℳ Theuerungszulage für Staatsbeamte wurde der Finanzcommission überwiesen.

* * *

* Kalnoky's Erklärungen werden in Rom freundlicher beurtheilt von den Zeitungen „Opinione", „Popolo Romano" und „Don Chisciotte". Dieselben sind darin einig, daß der Minister die römische Frage mit keinem Worte berührt, sondern die Versöhnung des Papstthums mit dem Quirinal mit allen Kräften zu fördern versprochen habe; man könne die Zweckmäßigkeit dieser Erklärungen, nicht aber ihre Loyalität in Zweifel ziehen.

* Das Wiener „Fremdenblatt" giebt einen in dem Belgrader Blatte „Pajek" enthaltenen, an die Bewohner Bosniens und der Herzegowina gerichteten Aufruf wegen Beitrittes zu dem Agitationsverein wieder und knüpft daran die Frage, ob diese Publication eines officiösen Organs der Regierung, so unschädlich sie auch an sich sei, in Belgrad als eine freundnachbarliche und correcte Sache betrachtet werde.

* Der Obmann des Polenclubs, Jaworski, hat, nachdem sich in der zweitägigen Berathung des Polenclubs eine nahezu vollkommene Uebereinstimmung der Clubmitglieder ergeben hatte, unter lauter Zustimmung der Versammlung die Erklärung abgegeben, daß der Polenclub an der zu Beginn der Parlamentssession eingenommenen Politik der freien Hand festhalte, daß jedoch, im Falle die hierzu in erster Linie berufene Regierung die Schaffung einer festen Majorität veranlassen sollte, der Club, bei der derzeitigen Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses, seine Mitwirkung nur einem gleichzeitigen Zusammengehen mit dem Club der Conservativen und der vereinigten deutschen Linken, unter der Voraussetzung der Berücksichtigung der nationalen Traditionen und der autonomen Grundsätze des Polenclubs, leihen werden.

* Der Deutschnationale Steinwender bekannte sich gestern in einer Versammlung als Antisemit.

* Die italienische Deputirtenkammer beschloß auf den Vorschlag des Ministerpräsidenten di Rudini, die die innere Kirchenpolitik betreffenden Interpellationen von Bovio, Cavallotti und anderen Deputirten auf die Tagesordnung der Mittwochs-Sitzung zu setzen. Bei der Begründung seines Vorschlages bemerkte Rudini, daß er nach den vom Minister des Innern Ricotera am Sonnabend in Betreff dieses Gegenstandes abgegebenen opportunen Erklärungen die Berathung der erwähnten Interpellationen nicht als sehr dringlich ansehen könne. Am Schlusse der Sitzung wurde angekündigt, daß die Interpellation Cavallotti's bezüglich der Erklärungen des Grafen Kalnoky auf die Aeußerungen des österreichischen Delegirten Zallinger gleichzeitig mit den anderen Interpellationen über die innere und äußere Politik entwickelt werden solle.

* Der Proceß Livraghi in Massauah wird, nach der „Magdeb. Zeitung", in Italien mit steigender Erbitterung verfolgt. Die Zeugen überbieten einander in der Erzählung grausenerregender Einzelheiten über die „Hinrichtungen" von den Thoren Massauahs. Am Donnerstag wurde General Baldissera vernommen, der zur Zeit der Wirksamkeit Livraghi's Gouverneur von Eritrea war. Baldissera erklärte kaltblütig, daß er die Verantwortung von fünf „Beseitigungen", welche Livraghi ausgeführt habe, auf sich nehme. Was dagegen die Hinrichtungen des Abessiniers Getheon und des Naibs Osman von Arkiko anlange, so seien diese ohne Befehl der Regierung erfolgt. Ferner bekundete General Baldissera, daß er auch dem Polizisten Adam Aga aufgetragen habe, neun irregulaire Soldaten kurzer Hand bei Seite zu schaffen, weil er überzeugt gewesen sei, daß sie eine Meuterei planten. Adam Aga habe den Auftrag in befriedigender Weise ausgeführt. Am Freitag hatte der Polizeicapitain Locascio, der frühere unmittelbare Vorgesetzte Livraghi's, seine Aussagen abzulegen. Er erklärte, ihm sei bekannt, daß die Commandantur in Massauah Livraghi mit der Beseitigung mehrerer Verdächtigten beauftragt habe. Der General Cossato, der eine Zeitlang als Vertreter des Oberbefehlshaber in Massauah gewirkt hat, räumte ein, daß er die Beseitigung des Naibs von Arkiko befohlen habe, weil er ihn im Verdacht hatte, daß er an den angeblichen Umtrieben Mussa-el-Alkads betheiligt sei. (Man erinnert sich, daß Mussa-el-Alkad auf Grund eines gefälschten Briefes an Ras Alula des Hochverraths für schuldig erkannt, zum Tode verurtheilt, aber später freigesprochen wurde. Es verdient bemerkt zu werden, das Naib Osman vor seiner „Beseitigung" Wochen lang gefangen gehalten wurde, ohne daß man ihn vor ein Gericht gestellt hätte. General Orero, der nach Cossato den Oberbefehl führte, billigte die Beseitigung des Naibs von Arkiko und gewährte Livraghi sowie dessen Mithelfern eine Belohnung. Diese bestand in den 15 000 Thalern, welche die Regierung bei dem Abessinier Getheon mit Beschlag belegt hatte und die General Orero als Kriegsbeute betrachtete! General Baldissera erklärte, er habe derartige Belohnungen niemals bewilligt. — Dieses sind die nackten Thatsachen über die „Beseitigungen" in Massauah. An ihrer Richtigkeit läßt sich nicht mäkeln, denn die Urheber der „Beseitigungen" haben die Thatsachen selber als wahre anerkannt. Ohne Zweifel haben die drei Generale in gutem Glauben gehandelt. Mit einer Hand voll weißer Soldaten, inmitten einer unzuverlässigen und zur Empörung geneigten Bevölkerung glaubten sie die italienische Herrschaft nicht anders sichern zu können, als durch die rasche Beseitigung der vermeintlichen Hauptfeinde Italiens. Mag sein, daß durch dieses Verfahren eine Reihe Schuldiger von ihrer gerechten Strafe ereilt worden ist. Aber mindestens in zwei Fällen sind vollkommen Unschuldige mit hingemordet worden. Gegen den Abessinier Getheon haben die Zeugenaussagen nicht die geringste Belastung ergeben. Diesem unglücklichen Besitzer von baaren 15,000 Theresienthalern hat Livraghi augenscheinlich nur seines Reichthums wegen todtschlagen lassen. Nicht minder entsetzlich ist der Fall des Naib Osman von Arkiko. Dieser gerieth bei dem General Cossato in Verdacht, daß er an den hochverrätherischen Plänen Mussa-el-Alkads betheiligt sei. Der unglückliche Naib wurde „beseitigt" und seine Mörder erhielten für ihre Heldenthat 15 000 Thaler. Nun hat sich aber herausgestellt, daß Mussa-el-Alkad überhaupt keinen Hochverrath versucht hat, daß der Brief, mit dem er angeblich Ras Alula zum Vormarsch gegen Massauah aufforderte, gefälscht war. Naib Osman jedoch ist beseitigt und seine Beseitiger haben ihre 15 000 Thaler in der Tasche.

* Die Commission der französischen Deputirtenkammer zur Berathung der Vorlage, betreffend die in Frankreich ansässigen Ausländer, nahm eine Bestimmung an, wonach die nach Frankreich kommenden Ausländer, welche daselbst vorübergehend oder dauernd ein Berufsgeschäft ausüben wollen, gehalten sein sollen, binnen acht Tagen eine entsprechende Erklärung an die Mairie der Gemeinde zu richten, in der sie dauernden Aufenthalt nehmen wollen. Mehrere Deputirte beschlossen, eine allgemeine Versammlung der republikanischen Deputirten zu berufen, um über den zu befolgenden Weg zu berathen, um die Regierung zu bestimmen, ihr Verhalten gegenüber der gegenwärtigen Haltung des Klerus und der infolge der Affaire des Erzbischofs Geuthe-Soulard durch die Bischöfe organisirten Agitation zu präcisiren. (Wiederholt.)

* Die Generaldebatte in der französischen Deputirtenkammer über das Budget der Colonien verlief sehr lebhaft. Der Referent Delcassé setzte die Nothwendigkeit neuer Opfer für Tonkin auseinander. Pelletan sprach lebhaft gegen die Ausdehnung der colonialen Bestrebungen, indem er unter Hinweis auf das Beispiel Tonkins zur Beschränkung der Action im Sudan mahnte.

* Wie in englischen diplomatischen Kreisen verlautet, wird Marquis Dufferin den durch den Tod des Earl of Lytton erledigten Botschafterposten in Paris übernehmen und Drummond Wolff, bisher Gesandter in Bukarest, zum Botschafter in Rom ernannt werden.

* Nach wie vor wird das öffentliche Interesse in Rußland von der Hungersnoth und was damit im Zusammenhang steht, fast ausschließlich in Anspruch genommen. Dabei kommen denn immer noch nur zu häufig Dinge zum Vorschein, welche die Art und Weise, wie man das Elend zu lindern sucht, in einem eigenthümlichen Lichte erscheinen lassen. Im Samaraschen Gouvernement wurde z. B. vom Vorsitzenden eines Landschaftsamts im Auftrage des letzteren eine große Partie Weizen von einem reichen Getreidehändler zu einem ansehnlichen Preise für die Nothleidenden angekauft. Dieses Mehl erwies sich als ungenießbar, ja als durchaus untauglich zum Backen. Hierauf erließ das Landschaftsamt in der officiellen Gouvernements-Zeitung eine Bekanntmachung, in welcher der Bevölkerung eine Art Recept mitgetheilt wurde, dessen Anwendung das Mehl wenigstens backfähig machen sollte. Es war darin Mais-, Roggen-, und Kartoffelmehl als Zugabe zum verdorbenen Weizenmehl empfohlen. Leider kannte von den nothleidenden Bauern Niemand das angepriesene Mittel anwenden, weil die Hungernden keinen Mais oder Roggen besaßen und nicht die Mittel hatten, sich welchen zu kaufen. In Rjäsan wiederum hat man sich genöthigt gesehen, einen überaus reichen Getreidehändler dem Gerichte zu übergeben, weil derselbe mit Sand und Lehm versetztes Mehl der nothleidenden Bevölkerung verkauft hatte. Solche Fälle gehören leider nicht zu den Seltenheiten und liefern aufs Neue den Beweis von der fast in allen Schichten vertretenen Corruption. — Zur Beschaffung weiterer Mittel für die darbenden Gouvernements beabsichtigt man neuerdings in Regierungskreisen eine Emission von Prämienloosen im Gesammtwerthe von 6 000 000 Rubel. Es sollen 1 200 000 Loose im Werthe von je 5 Rubeln ausgegeben werden, und man erwartet einen Reinertrag von 4 000 000 Rubeln. Wie es heißt, wird die Emission von der Reichsbank, ihren Filialen und von den Staatsrenteien bewirkt werden. Uebrigens erfährt die Petersburger „Börsen-Zeitung", daß die Regierung die in den nothleidenden Gegenden vorhandenen Kornvorräthe zu expropriiren plant.

* Die rumänische Deputirtenkammer wählte den bisherigen Präsidenten Obersl Romanos mit 106 gegen 44 Stimmen wieder. Die Minorität gab unbeschriebene Stimmzettel ab. Als Vicepräsidenten wurden Pencesco und Pessiacow wieder und Catargi (conservativ) und Fleva (liberal) neugewählt.

* Die Anhänger des früheren griechischen Ministerpräsidenten Trikupis beantragten in der Kammer die Wiederaufnahme der gegen das Cabinet Trikupis erhobenen, in der letzten Session vertagten Anträge. Die Kammer ist alsbald in die Debatte der Anträge eingetreten.

* Eine Depesche der „Daily News" aus Konstantinopel bezeichnet die Angaben, die Pforte habe die Wiederaufnahme der egyptischen Frage beantragt, als verfrüht. Es besteht in Konstantinopel allerdings eine Partei, welche für die Wiederaufnahme der Angelegenheit auf der von Drummond Wolff vorgeschlagenen Basis sehr günstig gestimmt ist, während eine andere Partei darauf hinweist, daß Salisbury nicht zum zweiten Male zu einem voraussichtlichen Fiasco einladen werde, nachdem Drummond Wolff's Plan fehlgeschlagen ist. Salisbury schlägt deshalb Unterhandlungen in London vor. In gut unterrichteten türkischen Kreisen macht sich die Meinung geltend, daß eine liberale englische Regierung eher Unterhandlungen mit Frankreich als mit der Türkei einleiten würde und geht deshalb das Bestreben der Türkei dahin, die egyptische Frage vor dem Rücktritt des gegenwärtigen Cabinets zu lösen.

* Die über London eintreffenden Nachrichten aus dem fernsten Osten lauten in hohem Grade alarmirend. Wenn man nicht annehmen will, daß die englischen Berichterstatter ein Interesse daran haben, den Zustand der Dinge in China möglichst schwarz zu schildern, so kann man kaum umhin, China als ein am Abgrunde schlimmster innerer Verwickelungen stehendes Reich zu betrachten. Der Aufstand in der Mandschurei wäre hiernach nicht nur bei daheim hierzuch, sondern in vollster Ausdehnung nach den vitalsten Provinzen begriffen, die Aufständischen selbst auf dem, durch Grausamkeiten empörendster Art gegen europäische Missionen und chinesische Christen markirten Vormarsche gegen die Hauptstadt Peking begriffen und am Centralsitze der Regierung selbst herrschten eitel Panik und Rathlosigkeit. Auch das diplomatische Corps in Peking soll in höchstem Grade aufgeregt und entrüstet sein. In der That muß die Stellung der Europäer sich, wenn der Aufstand und der hinter ihm stehende Fanatismus des hohen und niederen Pöbels nicht bald seinen Meister findet, täglich verschlimmern, und daraus erwächst für die fremdländischen Vertreter in Peking eine ebenso schwierige als undankbare Aufgabe. Jedenfalls war die Anwesenheit des europäisch-amerikanischen Kriegsgeschwaders in den chinesischen Gewässern zum Schutze ihrer etwa bedrohten Staatsangehörigen wohl kaum jemals nothwendiger als eben jetzt. — Wie furchtbar die Rebellen hausen, darüber giebt eine Depesche des „Daily Chronicle" aus Tientsin genaue Mittheilungen. Sie berichtet über die Niedermetzelung der Christen in Tukow, denen zufolge es den Mitgliedern der belgischen Mission unmöglich war, zu entkommen. Die eingeborenen Christen wurden zuerst abgeschlachtet; dann erwürgten die Rebellen die kleinen Kinder in der grausamsten Weise, zerhackten dann